



# CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der  
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 23, No. 2-3/2008

**abgeschlossen am  
13. März 2008**

|   | <u>Seite</u> |
|---|--------------|
| <b>1. Congress verabschiedet Konjunkturförderprogramm</b>                                       | <b>1</b>     |
| <b>2. Repräsentantenhaus für Verlängerung von Subventionen für Alternativ-Energien</b>          | <b>2</b>     |
| <b>3. Congress debattiert Gleichstellung von Versicherungsschutz für psychische Krankheiten</b> | <b>3</b>     |
| <b>4. Verbot kontroverser Verhörmethoden mit Veto belegt</b>                                    | <b>4</b>     |
| <b>5. Demokraten üben scharfe Kritik an Bushs Haushaltsentwurf 2009</b>                         | <b>6</b>     |
| <b>6. Repräsentantenhaus lässt kontroverses Abhörprogramm auslaufen</b>                         | <b>8</b>     |
| <b>7. Neuerliches Tauziehen um Irakpolitik</b>  | <b>10</b>    |
| <b>8. Präsidentschaftswahlen 2008: Demokratische Vorwahlen bleiben spannend</b>                 | <b>11</b>    |



## 1. Congress verabschiedet Konjunkturförderprogramm

Senat und Repräsentantenhaus haben Anfang Februar 2008 ein von Präsident Bush unterstütztes Konjunkturförderprogramm mit breiten Mehrheiten verabschiedet.

Der Senat hat das zwischen den demokratischen und republikanischen Fraktionsspitzen und Vertretern der Bush-Administration ausgehandelte Kompromisspaket (vgl. CR 1/2008, S. 1) nach heftiger Debatte mit nur geringfügigen Änderungen angenommen.

Für die Senatsvorlage stimmten 81 Senatoren, dagegen nur 16 meistens konservative Republikaner.

Das Repräsentantenhaus akzeptierte die Änderungsvorschläge des Senats ohne Debatte mit 384:34 Stimmen und ermöglichte so die von allen Seiten gewünschte Verabschiedung des Gesetzes ohne zeitliche Verzögerung.

### Im Kern sieht das Programm

- unverändert Steuererleichterungen von 600 USD (1.200 USD für Ehepaare) für Einkommenssteuerzahler mit Jahreseinkommen von bis zu 75.000 USD (150.000 USD) vor.

Familien erhalten für jedes Kind unter 17 Jahren zusätzlich jeweils 300 USD. Für Einkommen über 75.000 USD (150.000 USD) wird die Steuergutschrift schrittweise auf Null reduziert.

Daneben werden Neuinvestitionen von Unternehmen durch großzügigere Abschreibungsmöglichkeiten gefördert. Der Immobilienmarkt soll durch Anhebung der Obergrenzen für staatlich versicherte und geförderte Darlehen gestützt werden.

Auf Initiative des Senats erhalten nun auch Rentenbezieher, behinderte Veteranen sowie die Ehepartner von gefallen Soldaten eine Einmalzahlung von 300 USD.

Nicht durchsetzen ließen sich demgegenüber die Forderungen liberaler Demokraten, die Arbeitslosenhilfe zu verlängern, Heizkostenbeihilfen für einkommensschwache Familien zu erhöhen und Sonderförderungen für alternative Energiequellen zu verlängern.

Angesichts des Beharrens von Repräsentantenhaus und Administration auf dem zuvor ausgehandelten Kompromiss wurden die teilweise lautstark vorgetragenen Forderungen nach einer stärkeren Begünstigung der untersten Einkommensgruppen relativ schnell fallen gelassen.

Die Ankündigungen zahlreicher Demokraten, diese Forderungen in separaten Gesetzesvorlagen einzubringen, sehen sich jedoch mit entschiedenem Widerstand von konservativen Republikanern wie der Administration konfrontiert.

In dem laufenden Wahljahr können beide Seiten, nachdem sie mit dem beschlossenen Konjunkturförderprogramm überparteiliche Handlungsfähigkeit demonstriert haben, nun in der weiteren Debatte um die Belebung der angeschlagenen Wirtschaft auf politische Forderungen setzen, die insbesondere auf ihre jeweiligen Kernwählergruppen abzielen.

## **2. Repräsentantenhaus für Verlängerung von Subventionen für Alternativen Energien**

Das Repräsentantenhaus hat am 27. Februar 2008 erneut eine Gesetzesvorlage verabschiedet, die zum Ende des Jahres auslaufende Steuersubventionen für alternative Energieträger und Energieeinsparmaßnahmen verlängert.

Für die Annahme der von der demokratischen Fraktion eingebrachten Vorlage stimmten 236 Abgeordnete, dagegen 186, meistens konservative Republikaner.

Im Einzelnen sieht der Gesetzesentwurf vor, dass

- Subventionen für die Erzeugung von Energie aus Erdwärme, Biomasse oder anderen erneuerbaren Energieträgern bis 2011 verlängert werden;
- den Einzelstaaten und Kommunen steuerbegünstigte Schuldverschreibungen (*tax-credit bonds*) in einem Gesamtvolumen von 3,6 Mrd. USD zur Verfügung gestellt werden, die für Energieeinsparmaßnahmen oder Forschungszwecke genutzt werden können;
- die Steuerbegünstigungen für die Anschaffung von energiesparenden Anlagen und Modernisierungen für private Hausbesitzer bis 2009 fortgeschrieben werden;
- unter einem neu einzurichtenden Programm Käufer von Hybrid-Fahrzeugen eine Sonderzahlung zum Ausgleich des höheren Kaufpreises erhalten sollen.

Die Gesamtkosten der Fördermaßnahmen werden auf ca. 18 Mrd. USD geschätzt. Zur Finanzierung des Gesetzes werden Subventionen für größere Öl- und Gas-Konzerne gestrichen.

Für die demokratischen Fraktionen im Congress sind die vorgeschlagenen Programme und Maßnahmen ein integraler Bestandteil ihres Konzepts einer nationalen Energiepolitik, die gleichzeitig auf die Reduktion der Emissionen von Treibhausgasen (*Global Warming*) und eine Verringerung der Energieimport-Abhängigkeit der USA abzielt.

Vor allem die Streichung der Steuervergünstigungen für Energieproduzenten stößt jedoch auf den grundsätzlichen Widerstand der konservativen Republikaner und der Administration.

Für sie kommt die Streichung der Subventionen einer Steuererhöhung gleich, deren erwartete Konsequenz eine Verringerung der heimischen Energieproduktion und steigende Preise ist.

Die Demokraten halten dagegen, dass die gegenwärtigen Energiepreise Anreize für die Erschließung konventioneller Energiequellen überflüssig machen und das Preisniveau insbesondere für Öl und Gas vom Weltmarkt vorgegeben wird, der nicht durch die Kürzung von nationalen Subventionen beeinflusst wird.

Angesichts der Blockademöglichkeiten der Republikaner durch ein *Filibuster* im Senat, der Verweigerung eines Endes der Debatte und der Ansetzung einer Abstimmung, sind die Aussichten für eine Annahme der Gesetzesvorlage jedoch gering. Zudem hat Präsident Bush ein Veto angedroht.

Die Demokraten erwägen nun, die von ihnen befürworteten Energieförderprogramme als Teile anderer Gesetzesvorlagen oder des Bundeshaushalts durchzusetzen, um so die Blockade-Taktik der Republikaner zu unterlaufen.

### **3. Congress debattiert Gleichstellung von Versicherungsschutz für psychische Krankheiten**

Das Repräsentantenhaus hat am 5. März 2008 mit großer zwischenparteilicher Mehrheit eine Gesetzesvorlage angenommen, die Krankenversicherungen zu einer Gleichstellung von psychischen und physischen Krankheiten (*mental health parity*) verpflichtet.

268 Abgeordnete stimmten für den von Patrick Kennedy (D-R.I.) und Jim Ramstad (R-Minn.) eingebrachten Gesetzentwurf, 148 meistens konservative Republikaner dagegen.

Der Senat hat bereits im September 2007 eine Vorlage für einen *Mental Health Parity Act* verabschiedet, der sich jedoch in zentralen Punkten von der Vorlage des Repräsentantenhauses unterscheidet.

Der Gesetzentwurf des Repräsentantenhauses sieht vor, dass Krankenversicherungen, die psychische Leiden abdecken, das gesamte Spektrum anerkannter Krankheiten in ihren Leistungskatalog aufnehmen und zu gleichen Konditionen wie andere Therapien erstatten müssen.

Die Befürworter der Vorlage sehen genau hierin den entscheidenden Fortschritt, weil damit den Versicherungen untersagt wird, eine willkürliche Auswahl der Leistungserstattung für psychische Krankheiten zu treffen.

Die Kritiker halten jedoch dagegen, dass die Festschreibung des Umfangs der Abdeckung psychischer Krankheiten dazu führen könnte, dass viele Versicherungen diese gänzlich aus ihrem Leistungsangebot streichen, um sich so die Kosten wie den verwaltungstechnischen Aufwand zu ersparen.

Die Vorlage des Senats lässt demgegenüber den Umfang der Abdeckung offen und verlangt lediglich, dass die Kosten für die Behandlung psychischer Krankheiten zu den gleichen Konditionen wie physische Therapien erstattet werden.

Aus diesem Grund findet die Senatsvorlage auch die Unterstützung der Administration wie der Interessenvertreter von Arbeitgebern und Versicherungen, die die Version des Repräsentantenhauses kategorisch ablehnen.

Angesichts der Androhung eines Vetos Präsident Bushs gegen die Vorlage des Repräsentantenhauses stehen die Verhandlungen zwischen den beiden Kammern unter schwierigen Vorzeichen.

Um eine Aufweichung des in der Vorlage des Senats festgeschriebenen Kompromisses zu vermeiden, der zwischen den Parteien wie der Administration ausgehandelt worden ist, wollen die federführenden Senatsvertreter auf die offizielle Einberufung des Vermittlungsausschusses verzichten, sondern versuchen vielmehr in informellen Gesprächen eine Lösung zu finden.

Angesichts des vehementen Festhaltens der Verfechter der Vorlage des Repräsentantenhauses an den Vorteilen ihres Entwurfs droht die Verabschiedung des seit vielen Jahren debattierten Gesetzes erneut zu scheitern.

#### **4. Verbot kontroverser Verhörmethoden mit Veto belegt**

Nach dem Repräsentantenhaus (vgl. CR 11-12/2007, S. 3) hat sich am 13. Februar 2007 auch der Senat für ein Verbot umstrittener Verhörmethoden wie das sogenannte Waterboarding ausgesprochen.

Die Entscheidung fiel im Rahmen der Verabschiedung des Genehmigungsgesetzes für die Arbeit der Geheimdienste (*Intelligence Authorization*) mit 51:45 Stimmen, wobei 45 Demokraten, 5 Republikaner und ein Unabhängiger für und 43 Republikaner, ein Demokrat und ein Unabhängiger gegen die Vorlage des Vermittlungsausschusses (*Conference Report*) votierten.

Diese enthält unter anderem eine Bestimmung

- mit der die Nachrichtendienste im Rahmen ihrer Befragung von des Terrorismus Verdächtigen ausdrücklich auf das *Army Field Manual* (FM) verpflichtet werden.

FM 34-52 legt fest, dass alle *Detainees* nach Maßgabe der Genfer Konventionen zu behandeln sind. Schädigungshandlungen sind ausdrücklich untersagt. Dazu zählen Folterhandlungen jeder Art, wozu auch Verhörtechniken wie das *Waterboarding* zu rechnen sind, bei der der Tod durch Ertrinken simuliert wird, um Geständnisse zu erzwingen.

Präsident Bush hat gegen die Entscheidung des Congress Anfang März 2008 mit Verweis auf die nationale Sicherheit und seine verfassungsmäßigen Rechte als Oberkommandierender der Streitkräfte sein Veto eingelegt, das nur mit Zweidrittelmehrheiten in Repräsentantenhaus und Senat zu Fall gebracht werden kann (Artikel I, Abschnitt 7 der amerikanischen Verfassung).

Auf Grund der „bestehenden Gefahren“, so Bush, müsse sichergestellt werden, „dass unsere nachrichtendienstlichen Mitarbeiter über alle Instrumente verfügen, die sie benötigen, um Terroristen zu stoppen“. Ohne solche Informationen, so der Präsident weiter, wären eine Reihe von geplanten Terrorangriffen der Al-Qaida auf die USA seit dem 11. September kaum zu verhindern gewesen. Bush bestand im Rahmen der Begründung seiner Entscheidung außerdem darauf, dass sich sämtliche Verhörmethoden im Rahmen des Rechts bewegten, ohne das jedoch genauer auszuführen.

Senator Rockefeller (D-W.Va.), der Vorsitzende des Senate Intelligence Committee bestritt, dass es auf Grund aggressiver Verhörtechniken zur Abwehr von geplanten Terrorangriffen der Al-Qaida gekommen sei, zumindest sei ihm als *Chairman* des Geheimdienstausschusses darüber nichts bekannt.

Präsident Bush scheint indes auf seiner seit dem 11. September vertretenen Auffassung zu bestehen, dass ihm als *War President* die Rolle eines “sole organ of the nation in its foreign relations” zukommt. Er braucht in dieser Lesart seiner Machtbefugnisse keine Zustimmung des Kongresses für seine Außenpolitik. Damit ist der Gedanke einer *unitary executive* verbunden, der unter den Vorzeichen des Krieges gegen den Terror die unangefochtene Deutungshoheit in der Formulierung der Außenpolitik zukommen sollte. Danach hatte sich der Kongress dem Präsidenten in der Außenpolitik unterzuordnen.

Das bezieht sich auch auf die Schaffung geheimer Lager im Umgang mit sogenannten *unlawful enemy combatants*, denen eine Überprüfung der Gesetzmäßigkeit ihres Gefangenenstatus durch US-Gerichte ebenso verweigert wurde wie die Anwendung der Genfer Konventionen. Zwar hatte der *Supreme Court* schon 2004 darauf hingewiesen, das „a state of war is not a blank check for the president“. Bush scheint jedoch weiterhin im Umgang mit *Detainees* auf seiner Vorstellung einer “unitary executive” zu beharren. Dabei hat auch die militärische Führung des Pentagon wiederholt darauf hingewiesen, dass die nach dem *Army Field Manual* bezeichneten Verhörtechniken ausreichen.



## 5. Demokraten üben scharfe Kritik an Bushs Haushaltsentwurf 2009

Im Congress ist Präsident Bushs Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 2009, den der Präsident im Februar 2008 dem Congress zur Bewilligung vorgelegt hat, von führenden Mitgliedern der demokratischen Mehrheitsfraktionen in beiden Kammern scharf kritisiert worden.

*Speaker* Nancy Pelosi (D-Cal.) warf Bush vor, dass der Haushaltsentwurf den Anforderungen an ein „fiskalpolitisch verantwortungsbewusstes Budget“ nicht entspricht. Auch Harry Reid (D-Nev.), der *Majority Leader* im Senat, kündigte seinen Widerstand gegen Bushs Haushaltsentwurf an und drohte notfalls mit einem Überbrückungshaushalt (*Continuing Resolution*), der die Bundesausgaben bis zur Amtseinführung von Bushs Nachfolger im Weißen Haus auf der Höhe des Vorjahres fortführen würde.

Da der nächste amerikanische Präsident „entweder Clinton oder Obama“ heißen werde, so Reid, würden sich die Demokraten mit Blick auf das Haushaltsjahr 2009, das offiziell am 1. Oktober 2008 beginnt, politisch nicht überfahren lassen. Ähnlich äußerte sich auch John Spratt (D-S.C.), der Vorsitzende des *Budget Committee* im Repräsentantenhaus, das Anfang März 2008 seine Beratungen über die *Budget Resolution 2009* begonnen hat.

In den USA übt die Legislative nach Artikel I, Absatz 8 der Verfassung die alleinige Budgethoheit, die sogenannte *power of the purse*, aus. Die jährliche Haushaltszuweisung wird seit 1974 in einem dreistufigen Verfahren vorgenommen. Zunächst entscheiden beide Kammern des Congress im Rahmen ihrer jährlichen *Budget Resolution* über den groben Finanzrahmen für die Arbeit der Genehmigungs- und Bewilligungsausschüsse. Dabei wird sowohl der Sache nach (*Authorization*) als auch der Höhe nach (*Appropriation*) über den Haushaltsentwurf des Präsidenten entschieden.

Präsident Bushs Haushaltsentwurf 2009 sieht

- Gesamtausgaben der amerikanischen Bundesregierung in Höhe von 3,25 Billionen USD vor und geht von einem Haushaltsdefizit von 407 Mrd. USD aus.

Dabei geht das Haushaltsbüro im Weißen Haus, das *Office of Management and Budget* (OMB) von einer Wachstumsprognose des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,7 Prozent im Jahr 2008 und sogar 3,0 Prozent im Jahr 2009 aus, was angesichts der wachsenden Rezessionsgefahr in den USA als ausgesprochen optimistisch gilt. So hat das *Congressional Budget Office* (CBO), das Haushaltsbüro des Congress, die Wachstumsprognose für das Jahr 2008 Anfang Januar mit 1,7 Prozent wesentlicher schwächer eingeschätzt, was zu einer weiteren Ausweitung des Haushaltsdefizits führen würde. Im laufenden Haushaltsjahr 2008 geht das OMB von einem Haushaltsdefizit von 410 Mrd. USD aus, was etwa 2,9 Prozent des BIP entsprechen würde.

Präsident Bushs Haushaltsentwurf 2009 sieht eine *spending authority* im Bereich des sogenannten *discretionary spending* von insgesamt 987 Mrd. USD vor. Damit sind

jene Haushaltsausgaben gemeint, über die der Congress im Gegensatz zum *mandatory spending*, wo er über sogenannte *entitlements* größtenteils festgelegt ist, frei entscheiden kann.

Bush möchte im Bereich des *discretionary spending* für verteidigungsbezogene Haushaltsprogramme insgesamt 585,5 Mrd. USD aufwenden, was einer Steigerungsrate von 4,9 Prozent gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr 2008 entsprechen würde. Damit verblieben 401,5 Mrd. für nicht verteidigungsbezogene Programme im Bereich des *discretionary spending* z.B. für Bildung und Gesundheit, wo die geplanten Ausgabesteigerungen nach den Vorstellungen des Präsidenten gegenüber dem Vorjahr weniger als 0,5 Prozent betragen sollen.

Robert Bryd (D-W.Va.), der Vorsitzende des Bewilligungsausschusses im Senat, sprach in diesem Zusammenhang von einem „Arctic Freeze“ für Amerika, weil Erziehungs- und Gesundheitsprogramme des Bundes radikal eingefroren würden.

Die Haushaltsanforderung für die Verteidigung,

- die nach Präsident Bushs Vorstellungen im Haushaltsjahr 2009 einen Umfang von 585 Mrd. USD haben soll, bezeichnete *Majority Leader* Harry Reid (D-Nev.) als „fiskalpolitisch unverantwortlich und irreführend“.

Die Demokraten kritisieren insbesondere, dass die Administration für das Haushaltsjahr 2009 nur 70 Mrd. USD zur Abdeckung der Kosten für die Kriege im Irak und in Afghanistan angefordert hat, obwohl der *Congressional Research Service* (CRS), der Forschungsarm des Congress, kürzlich darauf hingewiesen hat, dass die Kosten für die beiden Militäroperationen derzeit monatlich etwa 12 Mrd. USD betragen (vgl. auch Punkt 7). Entsprechend würden die von Bush verlangten 70 Mrd. USD für 2009 die Kriegskosten nur für etwa ein halbes Jahr abdecken.

Darüber hinaus stehen noch 101 Mrd. USD im Raum, die der Präsident für das laufende Haushaltsjahr 2008 vom Congress für die Militärinterventionen in Afghanistan und im Irak verlangt hat, ohne dass die Mittel vom Congress bisher bewilligt worden wären.

Nicht nur die Demokraten, sondern auch Mitglieder der republikanischen Minderheitsfraktionen meldeten deshalb Kritik an Bushs Haushaltsplänen zur Abdeckung der Kriegskosten im Irak und in Afghanistan an. Duncan Hunter (Cal.), der führende Republikaner im *Armed Services Committee* des Repräsentantenhauses, bezeichnete es als „enttäuschend, dass die Administration keinen Haushaltsplan zur Deckung der vollen Kriegskosten für das Haushaltsjahr 2009“ vorgelegt hat.

Kritik kommt auch vom *General Accounting Office* (GAO), dem Bundesrechnungshof in den USA, der Bushs Praxis der Abdeckung der Kriegskosten im Rahmen von Nachtragsbewilligungen, rügte. Durch diese Praxis, so die Behörde, werde die „Transparenz“ beeinträchtigt und damit die Überprüfung der eingegangenen Budgetverpflich-

tungen eingeschränkt.

Nach Berechnungen des Haushaltsbüros des Congress (CBO) haben die USA seit dem Jahr 2001 etwa 691 Mrd. USD für den „war on terrorism“ ausgegeben. Davon entfallen 651 Mrd. USD auf das Pentagon und 40 Mrd. auf damit verbundene Auslandshilfeprogramme. Hinzu kommen 101 Mrd. USD, die im Rahmen eines Ergänzungshaushalts für das Jahr 2008 noch zur Bewilligung durch den Congress anstehen, so dass sich die Gesamtkosten bisher auf ca. 752 Mrd. USD belaufen.

## **6. Repräsentantenhaus lässt kontroverses Abhörprogramm auslaufen**

Nach monatelangem Tauziehen zwischen Congress und Präsident hat sich die demokratische Mehrheitsführung im Repräsentantenhaus Mitte Februar 2008 dazu entschlossen, ein kontroverses Abhörprogramm der *National Security Agency* (NSA), welches Einschränkungen und Kontrollen nach Maßgabe des *Foreign Intelligence Surveillance Act* (FISA, Public Law 95-511) ausgesetzt hätte, vorläufig auslaufen zu lassen.

Es war im vergangenen Jahr vom Congress zunächst um ein halbes Jahr bis zum 1. Februar 2008 und dann noch einmal bis zum 16. Februar 2008 verlängert worden und erlaubte die Überwachung der Email- und Telefonkommunikation von US-Bürgern mit Teilnehmern außerhalb der USA durch die NSA – allerdings nur nach vorheriger richterlicher Zustimmung durch sogenannte „FISA Courts“.

Das kontroverse Programm war von der Bush-Administration nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 im Rahmen des „war on terrorism“ eingesetzt worden, obwohl es den *Foreign Intelligence Surveillance Act* (FISA) aus dem Jahr 1978 unterläuft, der eine solche Abhörpraxis eigentlich nur nach vorheriger richterlicher Zustimmung erlaubt.

Nachdem die *New York Times* das kontroverse Abhörprogramm 2005 aufgedeckt und die Demokraten 2006 die Kongresswahlen gewonnen hatten, hatte die Administration ihr Abhörprogramm widerwillig unter die Kontrolle durch die *FISA Courts* gestellt, allerdings gleichzeitig auf eine Novellierung des *Foreign Intelligence Surveillance Act* gedrungen, weil sie nun die nachrichtendienstliche Aufklärung durch die NSA eingeschränkt sah.

Der Senat sprach sich am 12. Februar 2008 mit 68:29 Stimmen für eine Novellierung aus und war bereit, dem Präsidenten einen Blankoscheck auszustellen, der die Arbeit der NSA von der Kontrolle durch den *FISA*-Gerichtshof entbunden und Telekommunikationsfirmen weiterhin Immunität bei ihrer Zusammenarbeit mit dem Nachrichtendienst eingeräumt hätte (vgl. CR 1/2008, S. 5).

Dem wollte die demokratische Führung im Repräsentantenhaus allerdings nicht ohne Weiteres folgen und sprach sich für eine Verlängerung der bestehenden Bestimmungen für zunächst nur 21 Tage aus, um mehr Zeit für eine differenzierte und zwischen beiden Kammern optimal abgestimmte Lösung zu finden. Das wiederum wurde von der republikanischen Minderheitsfraktion im Repräsentantenhaus kategorisch abgelehnt, die diesen Vorschlag mit Unterstützung von 34 meist konservativen Abweichlern aus den demokratischen Reihen am 13. Februar 2008 mit 229:191 Stimmen zu Fall brachte.

Die demokratische Fraktionsführung im Repräsentantenhaus beharrt unverändert darauf, die nachrichtendienstliche Überwachung der Kommunikation zwischen den USA und ausländischen Gesprächspartnern der vorherigen Genehmigung durch *FISA Courts* zu unterstellen. Außerdem lehnt sie es ab, Telekommunikationsfirmen für ihre Zusammenarbeit mit der NSA auch nachträglich Immunität einzuräumen, da sonst ein Präzedenzfall mit enormen Auswirkungen auf die individuellen Freiheitsrechte in den USA geschaffen würde.

Präsident Bush kritisierte die Haltung der demokratischen Fraktionsführung im Repräsentantenhaus scharf. Er warf ihr vor, eine Lücke in der nachrichtendienstlichen Aufklärung der USA entstehen zu lassen. Bush hatte zuvor mit einem Veto gegen jede Novelle des *Foreign Intelligence Surveillance Act* gedroht, die auf eine rückwirkende Immunität für die bisher kooperierenden Telekommunikationsfirmen verzichten würde.

Demokraten wie *Majority Leader* Steny Hoyer (Maryland) im Repräsentantenhaus wiesen Bushs Kritik als substanzlos zurück und stellten jede Beeinträchtigung der nationalen Sicherheit durch die Aussetzung des Abhörprogramms in Abrede. „Es gibt keine Dringlichkeit“ (mit Blick auf die Fortführung des Abhörprogramms, die Red.), erklärte Hoyer und ergänzte: „Das ist eine Behauptung die gemacht wird, um das Repräsentantenhaus und das amerikanische Volk zu überrumpeln“.

Gleichwohl stehen die Demokraten mit ihrer differenzierten Position im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen vor einem politischen Dilemma. Einerseits dürfen sie nicht den Eindruck erwecken, sich Präsident Bushs Positionen im Umgang mit dem Abhörprogramm allzu schnell unterzuordnen. Andererseits müssen sie den Eindruck vermeiden in Fragen der nationalen Sicherheit zu weich zu sein. Hinzu kommt die innerparteiliche Kritik aus den Reihen der konservativen *Blue Dog Democrats*, die eine Fortschreibung der Abhörmaßnahmen ohne Wenn und Aber befürworten und sich offen gegen ihre Fraktionsführung im Repräsentantenhaus gestellt haben. Es scheint daher nicht unwahrscheinlich, dass es doch noch zu einer Verlängerung der elektronischen Abhörmaßnahmen bis zum Juli 2009, also nach den Präsidentschaftswahlen, kommt. Das zumindest ist der Vorschlag von *Senate Majority Leader* Harry Reid (D-Nev.).

## 7. Neuerliches Tauziehen um Irakpolitik

Im Congress setzt sich das Tauziehen um die Irakpolitik fort (vgl. CR 8-9/2007, S. 5). Im Senat ist Ende Februar 2008 eine Vorlage von Russell Feingold (D-Wis.), die darauf abzielte, keine weiteren Haushaltsmittel für die Militäroperationen im Irak zur Verfügung zu stellen (S 2633), am Widerstand der Republikaner gescheitert. Die hatten mit einem *Filibuster* gedroht, sodass *Senate Majority Leader* Harry Reid (D-Nev.) gezwungen war, die Debatte über Feingolds Vorlage abzusetzen.

Die Demokraten verfügen derzeit im Senat nur über die hauchdünne Mehrheit von 51 Stimmen, die sie zudem zwei unabhängigen Senatoren, Joseph I. Lieberman (Connecticut) und Bernhard Sanders (Vermont), verdanken. Nach der Geschäftsordnung der Kammer benötigen die Demokraten eine Dreifünftelmehrheit, um eine Blockade von Gesetzesvorlagen durch *Filibuster* zu brechen, also rechnerisch zumindest neun Stimmen aus der republikanischen Minderheitsfraktion. Da Senator Lieberman gegen einen schnellen Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak ist, müssten *de facto* sogar 10 Republikaner mit ihrer Fraktion brechen, damit ein *Filibuster* überwunden werden kann.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass es den Demokraten im Senat zwischen März und November 2007 in sieben Abstimmungen nicht gelang, einen Truppenabzug aus dem Irak in Gang zu setzen. Zu groß scheint die Loyalität der republikanischen Fraktion in der Irakfrage nach wie vor mit ihrem Präsidenten, obwohl die Mehrheit der breiten Öffentlichkeit in den USA einen Truppenabzug aus dem Irak präferiert und das ja auch schon in den *Midterm Elections* im November 2006 zum Ausdruck gebracht hatte (vgl. CR 11-12/2006, S. 9).

Einer *Gallup*-Umfrage von Mitte Februar 2008 zufolge unterstützen 56 Prozent der Befragten die Verabschiedung eines Zeitplans für einen Truppenabzug aus dem Irak, und zwar unabhängig davon, was gegenwärtig dort passiert.

Vor dem Hintergrund der Stimmverhältnisse im Senat bleibt den Demokraten derzeit nichts anderes übrig, als sich in der Irakpolitik durch rhetorisches Handeln politisch abzugrenzen. Entsprechend erklärte *Senate Majority Whip* Richard J. Durbin kürzlich, dass es „keine schlechte Idee ist, häufig über den Krieg abzustimmen und zu debattieren.“ Allerdings meldeten konservative Fraktionsmitglieder wie Ben Nelson (D-Neb.) auch Zweifel an dieser Strategie an, weil sie legislative Energien binden und die Skepsis gegenüber der Durchsetzungskraft der Demokraten nähren würde.

Die Kritiker des Irakkrieges in den demokratischen Reihen des Senats wie Jim Webb (Va.) zeigen sich von solchen Überlegungen gleichwohl unbeeindruckt und haben weitere Debatten über einen Truppenabzug angekündigt. Diese dürften spätestens Ende April an Intensität gewinnen, wenn der Congress über eine Ergänzungsbewilligung für die laufenden Kosten des Irakkrieges zu entscheiden hat.

Fünf Jahre nach dem Beginn des Irakkrieges, der zum Testfall für Präsident Bushs präventive Weltordnungspolitik nach dem 11. September werden sollte, geben die USA etwa 12 Mrd. USD pro Monat für die militärische Stabilisierung des Landes aus. Für das laufende Haushaltsjahr 2008 hat Präsident Bush einen Nachtragsetat von 101 Mrd. USD für die Militäroperationen im Irak angefordert. Damit summieren sich die bisher entstandenen Kriegskosten auf über 750 Mrd. USD, nicht zu sprechen von den zwischenzeitlich über 4.000 gefallenen und mehr als 25.000 verwundeten amerikanischen Soldaten.

Kritiker der Irakpolitik Bushs wie John Murtha (D-Penn.), der Vorsitzende des *Defense Appropriations Subcommittee* im Repräsentantenhaus, und Robert C. Byrd (D-W.Va.), der Vorsitzende des *Senate Appropriations Committee*, haben darauf verwiesen, dass die Kriegskosten von viereinhalb Wochen dem jährlichen Etat der Krebsforschung im Rahmen der *National Institutes of Health* entsprechen. Präsident Bush konterte solche Vergleiche und das Drängen auf einen schnellen Rückzug mit beißenden Worten: „(N)o matter what happens in Iraq, opponents of the war have one answer. Retreat.“

## 8. Präsidentschaftswahlen 2008: Demokratische Vorwahlen bleiben spannend

Während auf Seiten der Republikaner Senator John McCain (Ariz.) als unangefochtener Sieger aus den Vorwahlen im Februar und Anfang März 2008 hervorgegangen ist, bleibt das Rennen auf Seiten der Demokraten weiterhin offen und es zeichnet sich ein spannender Zweikampf zwischen den Senatoren Hillary Clinton (N.Y.) und Barack Obama (Ill.) ab.

In den zeitgleich abgehaltenen Vorwahlen in knapp 20 Einzelstaaten Anfang Februar (Super Tuesday) konnte sich John McCain mit einer Serie von Siegen in Arizona, California, Connecticut, Delaware, Georgia, Illinois, New Jersey, New York und Missouri deutlich vom Feld der Verfolger absetzen.

McCains Hauptkonkurrent, der frühere Gouverneur von Massachusetts und erfolgreiche Unternehmer Mitt Romney konnte ungeachtet seiner überaus gut finanzierten Kampagne nur in seinem Heimatstaat wie in fünf anderen, kleineren Staaten Erfolge verzeichnen.

Romney gab in der Konsequenz aus seinem relativ schlechten Abschneiden seine Kandidatur kurze Zeit später auf und erklärte seine Unterstützung für John McCain als Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei.

Damit war die Entscheidung im Republikanischen Vorwahlkampf *de facto* gefallen, wengleich der frühere Gouverneur von Arkansas Mike Huckabee noch bis Anfang März 2008 in den Vorwahlkämpfen seiner Partei aktiv blieb.

Huckabee konnte auf eine Reihe von Überraschungserfolgen in den konservativ tendierenden Südstaaten verweisen, in denen evangelistisch-fundamentalistische Protestanten einen besonders hohen Anteil der Wahlgänger stellen.

Obwohl sein Wahlkampf zu diesem Zeitpunkt bereits ohne reale Erfolgchancen war, profilierte sich Huckabee mit seinem sympathischen *Appeal* als nationaler Spitzenvertreter des religiös-konservativen Flügels der Partei. Huckabee gab seine Kandidatur erst Anfang März 2008 offiziell auf.

Ungleich dramatischer entwickelte sich der Vorwahlkampf der Demokraten im Februar 2008. Mit der überraschend schnellen Aufgabe von John Edwards nach einem für ihn enttäuschenden Wahlkampfauftakt Ende Januar spitzte sich der Nominierungswettbewerb auf Clinton und Obama zu.

Während Hillary Clinton am *Super Tuesday* mit einer Erfolgsserie in den größeren Staaten wie California, New York und Massachusetts glänzte, beeindruckte Barack Obama mit dem Sieg in der Mehrheit der kleineren und mittleren Staaten von Alaska bis Georgia sowie in seinem Heimatstaat Illinois.

Mit einer Kette von Erfolgen in sieben weiteren Einzelstaaten bis Ende Februar setzte Obama erneut Clintons Team unter schweren Druck und provozierte Gerüchte um eine bevorstehende Aufgabe Clintons.

Allerdings bewies Hillary Clinton ihre politische Stärke und ihr Durchhaltevermögen. Nachdem sie sich zwischenzeitlich genötigt sah, ihrer Kampagne Geld aus ihrem Privatvermögen zu leihen, konsolidierte ihr Team die Finanzen und Organisation schnell und feierte mit Siegen in Texas und Ohio Anfang März 2008 ein Comeback.

Nach den bisherigen Ergebnissen der *primaries* und *caucuses* verfügt Obama über insgesamt 1611 auf ihn festgelegte Delegierte (*pledged delegates*), Clinton über 1480. Für die Nominierung durch den Konvent der Demokraten im August werden 2025 Delegierten-Stimmen benötigt.

Aufgrund der proportionalen Verteilung der Delegierten wird es zunehmend wahrscheinlicher, dass keiner der beiden Kandidaten in den wenigen verbleibenden Vorwahlen (vgl. CR 11-12/2007, S. 14) bis Anfang Juni das Rennen eindeutig für sich entscheiden kann.

Dann könnten zum einen die sogenannten *Super-Delegates*, *Ex-officio*-Delegierte wie Mitglieder des Congress, Gouverneure und Parteifunktionäre, die auf keinen Kandidaten festgelegt sind, auf dem Parteitag eine ausschlaggebende Rolle gewinnen. Bisher unterstützen von den insgesamt 796 *Super-Delegates* 247 Hillary Clinton sowie 211 Barack Obama. Die verbleibenden 338 *Super-Delegates* haben sich bisher nicht festgelegt. Allerdings können *Super-Delegates* nach den Parteistatuten frei entscheiden und jederzeit ihre Unterstützung für einen anderen Kandidaten erklären.

Zum anderen könnte bei einem Finale ohne klare Entscheidung dem Umgang mit den Delegierten von Florida und Michigan eine hohe Bedeutung zuwachsen. Florida und Michigan haben mit ihren Vorwahlterminen die Vorgaben der Partei verletzt und haben damit ihren Anspruch auf Repräsentation auf dem Nominierungsparteitag verloren.

Während die Demokraten Michigans dies selbst zu verantworten haben, wurde der Vorwahltermin Floridas von dem republikanischen Gouverneur vorgegeben, sodass der Demokratischen Partei des Staats kaum ein Vorwurf gemacht werden kann.

Hillary Clinton, die angesichts der Verletzungen der Parteistatuten wie ihre Konkurrenten auf einen aktiven Wahlkampf in Florida und Michigan verzichtet hat, hat beiden Staaten für sich gewonnen.

Sollte es zwischen Obama und Clinton zu einem offenen Streit über die Rolle der *Super-Delegates* wie die Bewertung der Ergebnisse von Florida und Michigan kommen, könnte sich dies leicht zu einer Zerreißprobe für die Demokratische Partei entwickeln.

Mit Blick auf die für die Präsidentschaftswahlen im November zu erwartenden Folgen einer solchen innerparteilichen Auseinandersetzung haben Clintons und Obamas Team den Tenor ihrer Kampagne bisher mit wenigen Ausnahmen in zivilem Rahmen gehalten.

Doch mit den schnell schwindenden Möglichkeiten, den Wettbewerb durch Erfolge in den verbleibenden Vorwahlen durch Wählerstimmen entscheiden zu lassen, wächst der Druck auf beide Seiten, alternative Optionen einer Durchsetzung ins Spiel zu bringen und damit Vorwürfe eines *foul play* zu provozieren.





Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion  
Dr. Söhnke Schreyer  
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat  
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck  
Technische Universität Kaiserslautern  
Postfach 3049  
D-67653 Kaiserslautern

[http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress\\_report](http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report)